

Die Aussage, die Deutschen seien „europäische Musterknaben“ bzw. „gute Europäer“, mindestens bessere Europäer als andere, ist eine Legende. Im Gegenteil: in der Zukunft sind meines Erachtens in Deutschland fatale politische Entwicklungen gegen die europäische Integration möglich, wenn die pro-europäischen Kräfte weiterhin vor der Realität der tatsächlichen Einstellungen der Deutschen die Augen verschließen. Dabei geht es nicht um politische Einzelthemen. Vielmehr sollen die Einstellungen der Deutschen in der Strukturdimension (Identifikation, Legitimität, Institutionenvertrauen) untersucht werden (Wolling 1999: 195).

Nationale und europäische Identität

Die politisch offen oder teilweise in der Wissenschaft verdeckt vorgetragene Forderung nach einer Einheit von Staat und Volk als Voraussetzung von Identifikation der Bürger/innen mit der Demokratie ist ein Erbe des deutschen Idealismus und der deutschen Staatsrechtslehre. Sie findet sich in diesem Ausmaß historisch nicht in den normativen Hauptströmungen anderer Mitgliedstaaten der EU, wenn es um die Begründung von Staatlichkeit oder Demokratie geht. Dieser Ansatz bedient sich mittlerweile modern klingender Begriffe wie dem „fehlenden Demos“ und hatte im zurückliegenden Jahrzehnt gerade in Großbritannien Konjunktur, wo er zu einem willkommenen Hilfsmittel geworden ist, Demokratie nur nationalstaatlich organisiert für möglich zu erklären, weshalb die EU naturnotwendig zur Despotie werden müsse und lediglich zwischenstaatliche Kooperation vollständig souveräner Staaten über ihre Regierungen die Lösung sein könne.

Helmut Kuhne *

Die wachsende Europa-Skepsis der Deutschen: Ursachen und Dimensionen im europäischen Vergleich

**Tabelle 1:
Nationalstolz („sehr stolz/ziemlich stolz“)**

Land → Erhebungs- zeitraum ↓	Deutsch- land	Groß- britannien	Frank- reich
Herbst 1994	45%	81%	71%
Frühjahr 1997	43%	86%	70%
Herbst 1999	67%	94%	85%
Frühjahr 2000	66%	91%	81%
Herbst 2000	68%	91%	85%
Herbst 2001	66%	93%	85%
Frühjahr 2002	70%	91%	86%
Herbst 2003	66%	90%	86%
Herbst 2004	71%	86%	90%

Jahre ohne Erhebung wurden ausgelassen; zwecks Verdeutlichung wurden Differenzierungen des Grades von Nationalstolz komprimiert (Tabelle 1) bzw. differenzierende Antwortmöglichkeiten zur Abwägung des Verhältnisses nationaler und europäischer Identität weggelassen

Die Deutschen weisen – vermutlich aufgrund der historischen Belastungen – kontinuierlich bis zum Frühjahr 2005 den EU-weit niedrigsten Wert an „Nationalstolz“ auf. Es ist sehr bedauerlich, dass dieser Wert etwas mehr als zwei Jahre nach dem Frühjahr 1997 bis zum Herbst 1999 nicht erhoben wurde, denn für Deutschland ist in diesem Zeitraum ein starker Anstieg an „Nationalstolz“ von 24 Prozentpunkten zu verzeichnen. Dieser Anstieg liegt auf jeden Fall deutlich außerhalb jeglichen Stichprobenfehlers und war kein „Ausreißer“, weil auch danach ein weiterer Anstieg festzustellen ist. Die Entwicklung der deutschen Werte bezüglich der Kategorie „Nationalstolz“ darf nicht überinterpretiert werden, etwa im Sinne eines Geländegewinns für

* MdEP

rechte politische Ideologien. Diese Entwicklung kann auch interpretiert werden als eine „Normalisierung“ im Verhältnis zu den Werten, die in anderen Mitgliedstaaten der EU erzielt werden.

Neben der innerdeutschen Entwicklung selbst verdient der Vergleich mit dem europaskeptischen britischen und dem französischen Volk Beachtung. Schließlich ist einerseits ohne deutsch-französische Übereinstimmung mindestens die bisherige EU-Entwicklung nicht zu verstehen, andererseits halten gerade die Deutschen im Alltagsverständnis insbesondere die Franzosen im Gegensatz zu sich selbst für sehr national gesonnen, um nicht zu sagen nationalistisch. Briten und Franzosen übertreffen die Deutschen regelmäßig klar an „Nationalstolz.“ Die Briten liegen dabei bis auf eine Ausnahme immer mindestens vier, in einem extremen Fall sogar 16 Prozentpunkte vor den Franzosen. Seit dem Frühjahr 2002 scheint es eine gegenläufige Entwicklung zu geben, die im Herbst 2004 zu einem Rückgang bei den Briten und einer Zunahme bei den Franzosen geführt hat, beides in einem Umfang, dass letztere zum ersten Mal stolzer auf ihre Nationalität sind als die Briten.

Der niedrige Grad an Nationalstolz macht die Deutschen aber nicht zu Spitzenreitern bei der Bestimmung des Verhältnisses von nationaler zu europäischer Identität. Die Deutschen liegen in einer Mittelgruppe knapp unter dem EU-Durchschnitt im Ausmaß an „europäischer Identität“. Die Deutschen werden weit übertroffen von den Franzosen, deren Werte für unterschiedliche Grade an europäischer Identität in der Regel zehn bis 18 Prozentpunkte über denen der Deutschen und die für ausschließlich „nationale“ Identität sieben bis 18 Prozentpunkte unter denen der Deutschen liegen. Auch dieser Vergleich liegt außerhalb jeglichen Stichprobenfehlers. In den letzten Jahren nähern sich die Werte stärker an – bei einem leichten Sinken der ausschließlich nationalen Definition von Identität.

Sofern also die Frage nach der Identität einen empirischen Bezugspunkt hat, so zeigt gerade der deutsch-französische Vergleich, dass weder ein hohes Maß an Nationalstolz ein Hemmnis für die Herausbildung von europäischer Identität neben (!) der nationalen ist noch umgekehrt ein geringes Ausmaß an Nationalstolz die Werte für europäische Identität in die Höhe treibt. Über Akzeptanz und Legitimität der EU als politische Form sagen beide Identitätswerte praktisch nichts aus.

Nichtteilnahme an Wahlen zum Europäischen Parlament und Grad der Zufriedenheit mit nationaler bzw. europäischer Demokratie

Nach den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahre 2004 wurde ein *Flash Eurobarometer* erstellt, aus dem sich auch für Deutschland die Gründe für die Nichtteilnahme von 57% der Wahlberechtigten in sieben Gruppen zusammenfassen und auf die gesamte Wahlbevölkerung umrechnen lassen. Die Daten wurden von EMNID erhoben.

• Unzufriedenheit / Mangel an Vertrauen in die Politik allgemein	20,5%
• Stimmabgabe hat keine Auswirkung	8%
• Ausreden (höchster Wert in Deutschland für einen Sonntag: „musste arbeiten“ mit 14% der Nicht-Teilnehmer)	0,6-8%
• kein Interesse an bzw. nicht genug Informationen über EU	2,3-5%
• Unzufriedenheit mit dem EP als Institution (neben Österreich mit Abstand die höchste Rate einschließlich der neuen Mitgliedstaaten, Großbritannien nur 4% und Schweden nur 3% Nennungen)	5%
• allgemeines Desinteresse	2,3-4%
• Protest gegen die EU	1%

Die 54,6% der wahlberechtigten Deutschen, die gemäß dem *Spiegel* ebenfalls auf der Basis einer EMNID-Umfrage nicht an den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahre 1999 teilgenommen haben, lassen sich – umgerechnet auf die gesamte Wahlbevölkerung – in fünf Gruppen zusammenfassen:

1. Unzufriedenheit mit der Bundesregierung	25%
2. politische Entfremdung unabhängig von der politischen Ebene („alle sind gleich“, „auf meine Stimme kommt es sowieso nicht an“)	15-21%
3. Protest gegen die EU („Bürokratie“)	20%
4. Einflusslosigkeit des Parlaments, Unwichtigkeit der Wahl und Desinteresse an der EU	15-19%
5. allgemeines Desinteresse bis apolitische Haltung	6-15%

Trotz der unterschiedlichen Antwortmöglichkeiten 2004 und 1999 und den daraus folgenden unterschiedlichen Kategorisierungen lassen sich einige bemerkenswerte Gemeinsamkeiten und Unterschiede feststellen: wie auch immer die Verknüpfungen bei den Mehrfachnennungen ausgefallen sind, „Unzufriedenheit“ entweder mit der Politik allgemein oder spezifisch der Bundesregierung ist bei weitem der ausschlaggebende Faktor für die Nichtteilnahme an Wahlen zum Europäischen Parlament. Die deutsche Rate der allgemeinen politischen Unzufriedenheit lag im Jahr 2004 weit vor der aller anderen „alten“ Mitgliedstaaten der EU.

Es ist unklar, ob die Angabe „Stimmabgabe hat keine Auswirkung“ in der Untersuchung für 2004 eine konkrete Einschätzung bezogen auf das Europäische Parlament misst oder allgemeine politische Entfremdung wie im *Spiegel* für 1999. Etwa gleichrangig mit allgemeiner politischer Entfremdung stehen dort spezifische EU-bezogene Protestmotive erst an zweiter oder dritter Stelle. Im *Flash Eurobarometer* für 2004 sind sie noch weniger wichtig, enthalten aber einen bemerkenswerten Hinweis, nämlich eine im Vergleich zu anderen Angaben auch im internationalen Vergleich die zusammen mit Österreich unter allen Mitgliedstaaten am stärksten ausgeprägte Unzufriedenheit mit dem Europäischen Parlament als Institution. Die europaskeptischen Schweden wiesen nur eine Rate von 3% Unzufriedenheit mit dem Europäischen Parlament auf und selbst die Briten nur 4%. Neben dem Einfluss der allgemeinen politischen Unzufriedenheit könnte es sich – auch wegen des österreichischen Parallelwertes – um eine Auswirkung der gegen die Europaabgeordneten gerichteten Kampagne handeln, die vor allem in diesen beiden Ländern parallel zum Wahlkampf stattfand. Wie anhand anderer Daten gezeigt werden kann, ist es aber im Falle Deutschlands auch möglich, dass eine im internationalen Vergleich derartig massive Bekundung von Unzufriedenheit durchaus mit einem Anstieg der Rate des Vertrauens gegenüber früheren Werten zusammengehen kann – was eine Aussage über das allgemeine Niveau des Vertrauens gegenüber dem Europäischen Parlament enthält. Informationsbewertende Motive wie Kompetenzen der Parlaments und (Un-)Wichtigkeit der Wahl kommen erst an vierter Stelle. Allgemeines Desinteresse und apolitische Haltungen sind auch bei allen nationalen Wahlen in etwa dem Ausmaß vorfindbar, wie in der *Spiegel*-Tabelle ausgedrückt, die ebenfalls auf einer EMNID-Umfrage beruht.

Zu erklären bleibt also, warum gerade die Unzufriedenheit mit der nationalen Politik stärker als bei natio-

nen Wahlen zur Wahlenthaltung und nicht zur aktiven Abstrafung führt. Meine Hypothese ist, dass die Wahlen zum Europäischen Parlament für alle Unzufriedenen, politisch Entfremdeten, Desinteressierten und Uninformierten Deutschlands die Wahlen sind, bei der die Nichtteilnahme offen bekannt werden darf, wobei angebliche oder tatsächliche Eigenschaften der EU und ihrer Institutionen als sozial akzeptierte Begründung dienen. Dass auch die Nichtteilnahme an nationalen Wahlen zunehmend sozial akzeptiert wird, sollte aber nicht vergessen werden.

Für weitere Erkenntnisse wird eine *Eurobarometer*-Tabelle herangezogen, die das Ausmaß der Zufriedenheit mit der nationalen bzw. europäischen Demokratie ausweist (siehe Tabelle 2). Danach ist die Zufriedenheit mit der europäischen Demokratie auch in den zum Vergleich herangezogenen anderen Mitgliedstaaten über elf Jahre im halbjährlichen Erhebungsrhythmus immer geringer als das Ausmaß der Zufriedenheit mit der nationalen Demokratie. Ein klassischer Kurzschluss zur Erklärung dieser Werte ist meines Erachtens nach das folgende Zitat von André Krouwel: „This is not surprising and perhaps reflects the observed democratic deficit of the European democratic institutional framework. Dissatisfaction with the EU is influenced by lack of confidence in the EU institutional framework and the weakness of the European Parliament“ (Krouwel 2004: 10-11).

Dass viele Bürger/innen das Europäische Parlament als schwach wahrnehmen, kann niemand bestreiten. Strittig aber ist erstens, ob die hinter dem Satz von Krouwel stehende unausgesprochene Voraussetzung stimmt, dass politisch interessierte und informierte europäische Bürger/innen ihre Unzufriedenheit auf eine wie auch immer geartete Analyse des institutionellen Rahmens der EU und der Kompetenzen des Europäischen Parlaments stützen. Dieses kann ich im weiteren Verlauf mit Daten eindeutig widerlegen. Strittig ist zweitens, ob die Bürger/innen in allen Mitgliedstaaten die angebliche oder tatsächliche Schwäche des Parlaments als „democratic deficit“ wahrnehmen oder nicht eher die angebliche oder tatsächliche Schwäche ihrer nationalen Regierung oder nationalen Parlaments. Und schließlich: wenn man nicht vom allseits informierten und partizipationswilligen *citoyen* ausgeht, kommt die

Tabelle 2:
Zufriedenheit mit nationaler und europäischer Demokratie

Land →	Deutschland		Großbritannien		Frankreich		Niederlande	
	Zufriedenh. mit nat. Demokratie	Zufriedenh. mit europ. Demokratie	Zufriedenh. mit nat. Demokratie	Zufriedenh. mit europ. Demokratie	Zufriedenh. mit nat. Demokratie	Zufriedenh. mit europ. Demokratie	Zufriedenh. mit nat. Demokratie	Zufriedenh. mit europ. Demokratie
Frühj. 1994	52%	41%	49%	40%	47%	41%	65%	46%
Dez. 1994	60%	38%	51%	29%	58%	41%	64%	39%
Frühj. 1995	63%	45%	48%	30%	48%	39%	69%	45%
Herbst 1997	45%	28%	64%	35%	48%	40%	71%	35%
Frühj. 1998	50%	32%	61%	33%	39%	33%	75%	42%
Frühj. 1999	66%	39%	64%	32%	59%	43%	78%	43%
Herbst 1999	59%	35%	62%	31%	57%	39%	77%	36%
Frühj. 2000	54%	39%	56%	31%	60%	56%	80%	42%
Herbst 2000	61%	37%	64%	33%	63%	42%	69%	33%
Herbst 2001	61%	41%	67%	39%	58%	45%	71%	47%
Herbst 2002	66%	48%	60%	37%	59%	47%	66%	47%
Frühj. 2003	59%	45%	60%	34%	69%	50%	71%	48%
Herbst 2003	53%	39%	58%	30%	55%	39%	59%	40%
Frühj. 2004	51%	39%	58%	32%	55%	43%	64%	36%
Herbst 2004	61%	47%	63%	39%	57%	45%	71%	44%
Frühj. 2005	53%	46%	60%	41%	53%	42%	71%	41%

alternative Möglichkeit ins Blickfeld, dass die Bürger/innen ihre Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit identifizierbaren nationalen Systemleistungen auf andere Ebenen übertragen. Feststellbar ist nämlich, dass das Ausmaß der Zufriedenheit in Deutschland fast immer (Ausnahme: Dez. 94, Frühjahr und Herbst 2000) parallel steigt oder fällt, wenn auch nicht im gleichen Ausmaß. Man kann plausibel annehmen, dass bei diesen Bewegungen die Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit der nationalen Demokratie, das heißt, den konkreten Leistungen des nationalen politischen Systems für die Zufriedenheit der Bürger/innen eher das Ausmaß der Zufriedenheit mit der europäischen Demokratie beeinflusst als umgekehrt die Zufriedenheit

mit der europäischen Demokratie das Ausmaß der Zufriedenheit mit der nationalen.

Dieses wird gerade in den letzten Jahren durch folgende deutliche Abnahmen der Zufriedenheit mit der nationalen Demokratie in Deutschland unterstrichen:

- Ein Rückgang von sieben Prozentpunkten innerhalb eines halben Jahres zwischen dem Frühjahr und Herbst 1999, der Phase der „Nachbesserungen“, der Auseinandersetzung um das 624 DM-Gesetz und des Kosovo-Krieges
- Vom Herbst 2002 (kurz nach der Bundestagswahl) von 66% Zufriedenheit mit der nationalen Demokratie auf 59% im Frühjahr und gar auf nur 53% im

Herbst 2003, also ein Rückgang um 13 Prozentpunkte in einem Jahr!

- Acht Prozentpunkte Absturz zwischen Herbst 2004 und Frühjahr 2005 (über die Landtagswahl in NRW der Auslöser der vorgezogenen Neuwahlen), was zur bisher geringsten Differenz von sieben Prozentpunkten zwischen dem Wert für die nationale und die europäische Demokratie in Deutschland führte.

Umgekehrt kann gefragt werden, ob nicht in der Entwicklung der Zufriedenheit mit der europäischen Demokratie der Nachhall allgemein bekannter europäischer Ereignisse oder Entwicklungen spürbar ist. Der niedrigste deutsche Wert an Zufriedenheit mit der europäischen Demokratie liegt innerhalb einer längeren Phase mit 28% im Frühjahr 1997, während er danach kontinuierlich stieg und im Frühjahr 1999 – dem Zeitpunkt der Kommissionskrise – bei 39% lag und lediglich im Herbst – also bestenfalls mit Nachwirkung – auf 35% sank. Ein solches nachträgliches Absinken, wenn es denn überhaupt etwas mit der Kommissionskrise zu tun hat, kann man auch für Frankreich und die Niederlande beobachten, während die britischen Werte ohnehin so niedrig waren, dass sie nur noch einen weiteren Prozentpunkt nachgaben. Allerdings sind in den nach dem Herbst 1999 erhobenen *Eurobarometern* derartige Schwankungen zu dieser Frage feststellbar, dass es schwer fällt, überhaupt eine Vermutung nach dem Einfluss der Kommissionskrise gerade im Frühjahr und Herbst 1999 aufzustellen. Man kann allerdings eher für 1997 einen Einfluss der bevorstehenden Entscheidung zur Einführung der gemeinsamen Währung vermuten. Ein zeitweiliges Absinken um sechs Prozentpunkte lässt sich auch für den Zeitraum eines Jahres zwischen dem Herbst 2003 und dem Frühjahr 2004 feststellen. Europäisch relevant war damals die bevorstehende Erweiterung um zehn neue Mitgliedstaaten, die von den Deutschen mehrheitlich mit Skepsis bis Ablehnung betrachtet wurde. Danach stieg die Zufriedenheit wieder um acht Prozentpunkte.

Man kann deshalb einen messbaren Einfluss von als negativ für die persönlichen Lebensumstände empfundenen Entscheidungen oder Entwicklungen vermuten. Diese müssen allerdings über bloße *policy issues* hinaus den Charakter von Weichenstellungen haben. Zu beobachten sind derartige Ausschläge nach unten auch in Österreich im zeitlichen Zusammenhang mit der Isolierung des Landes wegen der Teilnahme der FPÖ an der Regierung bzw. in Griechenland wegen unterschiedlicher Auffassungen zum militärischen Eingreifen auf dem Balkan.

Gibt es einen solchen möglichen Zusammenhang auch für ansteigende Zufriedenheitswerte? Dieses würde voraussetzen, dass positive Veränderungen ihrer Lebensumstände von den Bürgerinnen und Bürgern in relevantem Ausmaß als Leistungen des europäischen politischen Systems wahrgenommen würden. Die Alltagserfahrung lehrt eher, dass solche Dinge eher als Selbstverständlichkeiten oder Leistungen des nationalen Systems betrachtet werden. Diese Asymmetrie dürfte ein entscheidender Schlüssel zur Erklärung vieler Einstellungen sein.

Bei den Briten gibt es die gleiche stabile Parallelentwicklung wie bei den Deutschen – mit noch geringeren Werten des Zutrauens in die europäische Demokratie, im Frühjahr 2005 mit der geringsten bisher gemessenen Differenz von 19 Prozentpunkten. Auch für Frankreich und die Niederlande zeigt sich diese Parallelentwicklung, allerdings mit größeren Schwankungen. Zwischen dem Frühjahr und dem Herbst 2003 gab es dabei noch stärkere negative Veränderungen als in Deutschland im gleichen Zeitraum. Bis zum Frühjahr 2005 zeigte die Kurve für den nationalen Wert in Frankreich kontinuierlich nach unten, während der europäische Wert stärker schwankte. Bei den Niederländern ging dagegen seit dem Herbst 2003 der europäische Wert kontinuierlich nach unten, wies im Zeitraum der Referendumskampagnen national keinen außergewöhnlich niedrigen Wert auf, wohl aber einen deutlich niedrigeren als die Deutschen, einen niedrigeren als die Franzosen und einen gleich niedrigen wie die Briten.

Das im *Spiegel* 1999 am zahlreichsten genannte Motiv für die Nicht-Teilnahme an der Wahl zum Europäischen Parlament ist gleichzeitig das am ehesten positiv oder negativ zu beeinflussende (Zufriedenheit / Unzufriedenheit mit den Leistungen des nationalen politischen Systems) mit ziemlich sicheren Auswirkungen auf den Grad der Zufriedenheit mit der europäischen Demokratie. Einstellungen zur EU, Informationsdefizite oder politisches Desinteresse sind viel schwerer und nur langfristig zu verändern.

Verhältnis zur EU-Integration

Bei der Zustimmung zum Prinzip gemeinschaftlicher Entscheidungen in möglichst vielen Politikfeldern ist Italien über viele Jahre mit 62-67% stabiler Spitzenreiter. Die Deutschen liegen stabil im oberen Mittelfeld mit Zustimmungsraten zwischen 51 und 57% und 13

Tabelle 3:
Zustimmung zum Prinzip europäischer Entscheidungen;
Frühjahr 2001, 2004 und 2005 keine Erhebungen

6

	Erhebungs- zeitraum →	Frühj. 1998	Herbst 1998	Frühj. 1999	Herbst 1999	Frühj. 2000	Herbst 2000	Herbst 2001	Frühj. 2002	Herbst 2002*	Frühj. 2003*	Herbst 2003*
D	Durchschnittliche Zustimmung	56%	57%	51%	55%	55%	53%	57%	54%	52%	55%	53%
	Anzahl Politikfelder m. eur. Entscheidung	13% (von 18)	14% (von 18)	13% (von 18)	16% (von 25)	16% (von 25)	14% (von 25)	15% (von 26)	16% (von 27)	14% (von 27)	15% (von 27)	15% (von 27)
F	Durchschnittliche Zustimmung	59%	60%	54%	56%	57%	56%	57%	53%	59%	55%	54%
	Anzahl Politikfelder m. eur. Entscheidung	13% (von 18)	14% (von 18)	13% (von 18)	17% (von 25)	16% (von 25)	17% (von 25)	18% (von 26)	17% (von 27)	17% (von 27)	15% (von 27)	17% (von 27)
NL	Durchschnittliche Zustimmung	62%	63%	61%	62%	61%	56%	56%	50%	53%	54%	51%
	Anzahl Politikfelder m. eur. Entscheidung	18% (von 18)	14% (von 18)	13% (von 18)	17% (von 25)	18% (von 25)	16% (von 25)	17% (von 26)	17% (von 27)	17% (von 27)	17% (von 27)	16% (von 27)
I	Durchschnittliche Zustimmung	65%	67%	66%	66%	63%	62%	67%	66%	65%	63%	62%
	Anzahl Politikfelder m. eur. Entscheidung	18% (von 18)	18% (von 18)	18% (von 18)	23% (von 25)	20% (von 25)	18% (von 25)	23% (von 26)	23% (von 27)	20% (von 27)	19% (von 27)	19% (von 27)
GB	Durchschnittliche Zustimmung	43%	45%	39%	36%	32%	37%	45%	41%	40%	43%	40%
	Anzahl Politikfelder m. eur. Entscheidung	6% (von 18)	8% (von 18)	7% (von 18)	8% (von 25)	5% (von 25)	8% (von 25)	11% (von 26)	10% (von 27)	10% (von 27)	11% (von 27)	8% (von 27)

* eigene Berechnungen

bis 16 Politikfeldern bei maximal 18 bzw. 27 möglichen. Die Franzosen hatten über die Jahre eine noch stärkere (!) Zustimmung und wiesen nur im Frühjahr 2003 die gleichen Werte wie die Deutschen auf. Die Niederländer lagen bis zum Herbst 2000 höher und sind danach in der allgemeinen Zustimmungsrate deutlich abgefallen, weisen aber immer noch eine leicht höhere Zahl von Politikfeldern als die Deutschen auf, in denen gemeinschaftliche Entscheidungen herbeigeführt werden sollen (siehe Tabelle 3).

Die Zeitreihe zeigt ebenfalls, dass im Gegensatz zu Deutschen, Franzosen und Niederländern die Briten nicht stabil waren, sondern diesen letzten Rangplatz erst im Laufe der Zeit erreicht haben: Im Jahre 1998 lagen die Schweden und Finnen, zeitweilig auch die Dänen, noch hinter den Briten. Obwohl überall die durchschnittliche Zustimmung zum Prinzip gemeinschaftlicher Entscheidungen seit Jahren sinkt – zwischen dem Frühjahr und dem Herbst 2003 wiederum leicht in 12 von 15 Mitgliedstaaten – entfernt sich Großbritannien noch stärker vom Rest der EU: mit einer durchschnittlichen Zustimmungsrate von 40% und nur 8 von 27 möglichen Politikfeldern hat innerhalb eines halben Jahres (Frühjahr 2003: 43% bei 11 von 27 Politikfeldern) eine noch deutlichere Abkehr stattgefunden als bisher schon üblich war. Da es sich hierbei um einen sehr prinzipiellen Punkt handelt, ist zu vermuten, dass es trotz der bei anderen Fragen frappierenden Ähnlichkeit der britischen und deutschen Werte dennoch ein unterschiedliches Einstellungs-„Cluster“ gibt.

Ähnliches gilt für ein eng damit zusammenhängendes Thema: gegenüber einer *Eurobarometer*-Frage aus dem Frühjahr 2002 zeigte sich im Herbst 2004 bei der Frage nach einem hypothetischen Scheitern der EU eine Verbesserung: 43% der Deutschen wären „sehr betrübt“ (37% im Frühjahr 2002), 34% wäre es „gleichgültig“ (41% im Frühjahr 2002) und 14% wären „sehr erleichtert“ (9% im Frühjahr 2002). Damit lagen die deutschen Werte bezüglich des Bedauerns über dem EU-Durchschnitt auf dem 4. Platz – vor den Niederländern. Frankreich weist nahezu identische Werte wie Deutschland auf: 43% : 40% : 13%.

Der relativ hohe Rangplatz der Deutschen bei der Zustimmung zu diesen Fragen steht in einem klaren Widerspruch zur allgemeinen Zustimmung der Deutschen zur EU bzw. ihrer Einschätzung, ob ihr Land aus dieser Mitgliedschaft Vorteile hat, markiert aber offensichtlich eine wichtige Unterscheidung im Grundmuster der Einstellungen im Vergleich zu den Briten.

Der Platz der Deutschen im oberen Mittelfeld wird allerdings deutlich durch andere Werte relativiert: die Deutschen wollen im Frühjahr 2004 zu 47% (Frühjahr 2003: 54%!) das nationale Vetorecht wie nahezu alle anderen Völker in der EU erhalten sehen. Aber selbst die Briten wollen das Veto nur zu 43% (!). Acht von 15 Völkern liegen zwischen 40-48% (Großbritannien, Irland, Portugal, Frankreich, die Niederlande, Deutschland, Schweden und Finnland). Die Werte von Griechenland und Luxemburg – sonst integrationsfreundliche Länder! – und Österreich mit 64-70% am oberen und Belgien sowie Italien mit 35 bzw. 36% am unteren Extrem unterstreichen eher die Kompaktheit der Werte des o. g. Blocks.

In einer vergleichenden Betrachtung des Zeitraumes dieser Untersuchung mit früheren Phasen fällt ein signifikanter Unterschied auf: die allgemeine Zustimmung der Deutschen zur Mitgliedschaft ihres Landes in der EU lag zwischen 1981 und Frühjahr 1990 in einem Korridor zwischen 50-70%, ab Frühjahr 1994 in einem Korridor zwischen 40er- und 50er-Werten. Die Nutzeinschätzung der Deutschen lag früher meist zwischen 40-60%, ab Frühjahr 1994 zwischen 30-50%, in beiden Fällen also kontinuierlich zehn Prozentpunkte und mehr niedriger. Der geradlinige Prozess eines nachhaltigen Abstiegs auf das niedrigere Niveau fand bei beiden Werten über drei Jahre zwischen dem Herbst 1990 und dem Herbst 1993 statt.

Es handelt sich hierbei um die Phase unmittelbar nach der deutschen Vereinigung. Angesichts des Bevölkerungsanteils der Deutschen aus den neuen Bundesländern und ihrer gegenüber der EU nur geringfügig stärker ausgeprägten Skepsis ist es nicht möglich, dass dieser nachhaltige Abstieg durch die Ostdeutschen hervorgerufen wurde. Vielmehr muss man davon ausgehen, dass diese signifikante Entwicklung in der gesamten deutschen Bevölkerung stattgefunden hat. Möglich ist, dass das Verschwinden der Blockkonfrontation in der gesamten Bevölkerung die beschriebene Auswirkung gehabt hat. In dem in Rede stehenden Zeitraum fanden auch die Verhandlungen und der Abschluss des Vertrages von Maastricht statt. In diesem Zusammenhang waren in Deutschland die Vereinbarungen zur Schaffung einer gemeinsamen Währung (gleich Abschaffung der D-Mark) und in geringerem Maße der Kompetenzzuwachs der EU bei „demokratischem Defizit“ öffentliche Themen. Die Parole vom „Demokratiedefizit“ wurde zwar allgemein benutzt, dabei ging aber unter, dass nationale Souveränisten und Menschen, die das Europäische Parlament stärken wollten, Unterschiedliches mit dem Begriff verbanden.

Eine monokausale Erklärung der Entwicklung dieser Jahre mit den Ängsten der Deutschen vor der gemeinsamen Währung greift jedoch zu kurz, denn der EU-Durchschnitt sinkt parallel zu den deutschen Werten. Was immer die Gründe für diesen Abstieg auf ein nachhaltig niedrigeres Niveau gewesen sein mögen, die drei Jahre zwischen dem Herbst 1990 und dem Herbst 1993 sind in dieser Hinsicht die Schlüsselphase.

Seit dem Herbst 1994 liegt die allgemeine Zustimmung der Deutschen zur Mitgliedschaft ihres Landes in der EU nahezu permanent unter dem EU-Durchschnitt, mit extrem niedrigen Werten im Jahre 1996. Im Herbst 2002, im Frühjahr 2003 sowie im Herbst 2004 und im Frühjahr 2005 lagen die deutschen Werte wieder über dem EU-Durchschnitt mit 59%. Die Entwicklung zu positiveren Einschätzungen durfte aber schon damals nicht überbewertet werden. Nur die europaskeptischen Länder Finnland, Schweden, Großbritannien sowie Österreich und überraschenderweise Frankreich hatten 2002/2003 niedrigere Werte. Bemerkenswert ist der auf den Zeitraum eines Jahres begrenzte Absturz um zusammen 14% – davon 13% in einem halben Jahr, ein vorher nie beobachtetes Tempo – auf 45%.

Diese Bewegung zeigt sich etwas weniger krass auch im EU-Durchschnitt, wobei die Franzosen die Deutschen seit 2002/2003 kontinuierlich an allgemeiner Zustimmung unterboten und die Schweden mit 37%, die Österreicher mit 29% und die Briten mit 29% im Frühjahr 2004 bis dahin nicht erreichte Negativrekorde aufstellten, während die Niederländer mit 64-71% weit vor den Deutschen lagen.

Die Nutzeneinschätzung der Deutschen liegt bis auf den Beginn 1994 im gesamten Untersuchungszeitraum unter dem EU-Durchschnitt, wenn auch im Frühjahr 2005 ein deutlich verbessertes Niveau um zehn bis aktuell 15 Prozentpunkte gegenüber den Jahren 1996/97 feststellbar ist. Aber auch hier darf diese Entwicklung nicht überschätzt werden: lediglich die europaskeptischen Länder Schweden und Großbritannien sowie die Österreicher weisen noch schlechtere Werte auf. Gleichermaßen ist der zeitlich begrenzte Ausschlag nach unten im gleichen Zeitraum wie bei der allgemeinen Zustimmung zu beobachten, wenn er auch nicht ganz so stark ausfiel. Franzosen und Niederländer lagen beim Nutzenkalkül immer vor den Deutschen, im oben erwähnten Frühjahr 2004 mit 46% bzw. 55% und ein Jahr später bei insgesamt verbesserten Werten mit 53% bzw. 61%.

Die 2003/2004-Werte entsprechen für Deutschland in der Größenordnung denen des Zeitraums kurz vor der Entscheidung zur Einführung der gemeinsamen Währung, nur, dass dieses Mal die Aufnahme der zehn neuen Mitgliedstaaten unmittelbar bevorstand. Es sei auch noch einmal auf den zeitlich parallelen Rückgang der Werte für die Zufriedenheit mit der europäischen Demokratie verwiesen.

Zur Erklärung dieses parallelen, aber zeitlich begrenzten Ausschlages im Vergleich zu den neunziger Jahren schließe ich mich der Interpretation eines der Autoren des *Eurobarometers* für den Herbst 2003, Christian Holst, an, der den Absturz auf die Ängste vor der EU-Erweiterung und den wachsenden Pessimismus der Deutschen in Bezug auf die Einschätzung der Lage im eigenen Land zurückführte. Die auffälligen Parallelen in vielen, wenn nicht allen EU-Mitgliedstaaten lassen den Schluss zu, dass diese Erklärung nicht nur für die Deutschen gilt. Ähnlich wie beim Verhältnis von nationaler und europäischer Demokratie kann man plausibel davon ausgehen, dass das Nutzenkalkül eher die Gesamtzustimmung zur Mitgliedschaft in der EU beeinflusst als umgekehrt. Und dieses Nutzenkalkül kann durch qualitativ bedeutsame policy-Entscheidungen nach unten, aber viel schwerer nach oben verändert werden.

Auch bei der Frage nach der Zustimmung zur Entwicklung einer europäischen „politischen Union“ rangieren die Deutschen mit 64% Zustimmung im Herbst 2004 (nur) auf dem 8. Rangplatz von 15. Unter dem Durchschnitt mit 52% Zustimmung liegen bereits Frankreich, Deutschlands engster Partner auf dem Weg zu einer „politischen Union“ und die Niederlande mit 58%. Danach folgen die europaskeptischen Nationen Österreich, Dänemark, Schweden, Finnland und Großbritannien.

Gegenüber den dargestellten Werten des *Standard-Eurobarometers* fallen allerdings für den Zeitraum der Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 andere Werte für die allgemeine Zustimmung zur Mitgliedschaft Deutschlands in der EU und das Nutzenkalkül aus dem Rahmen. Für das *Flash Eurobarometer* erhob EMNID im Juni 2004 eine allgemeine Zustimmung der Deutschen zur Mitgliedschaft ihres Landes in der EU von 78%. Andreas Wüst und Dieter Roth konstatieren für die Forschungsgruppe Wahlen einen Wert von 67%. Das ist insofern bemerkenswert, als solche Werte im *Standard-Eurobarometer* im Untersuchungszeitraum weder vorher noch nachher auch nur annähernd auszumachen sind. Deshalb ist es schon etwas kühn,

wenn Wüst und Roth lediglich gestützt auf diesen einen und dann auch noch ungewöhnlichen Wert „eine positive Grundhaltung“ der Deutschen zur EU konstatieren (Wüst/Roth 2005: 59). Man kann das als Folge einer Verinnerlichung der Legende sehen, nach der die Deutschen sich mit der EU identifizieren, zumal es bei anderen Fragen noch weitere solcher Interpretationen gibt (s. u.).

Da zwei Institute überdurchschnittlich hohe Werte bei diesen Angaben gemessen haben, schließe ich einen Messfehler aus. Vermutet werden kann aber ein Einfluss der Interviewsituation, in der die niedrige Wahlbeteiligung ein in den Medien erörtertes Thema war. Ich schließe deshalb nicht aus, dass hier manches schlechte Gewissen kompensiert wurde, ohne dass sich Einstellungen nachhaltig verändert haben, wie die folgenden Werte des *Standard-Eurobarometers* auch ausweisen. Diese Vermutung wird auch dadurch gestützt, dass Wüst und Roth beim Nutzenkalkül mit 28% einen um elf Prozentpunkte niedrigeren Wert als den des *Standard-Eurobarometers* ausweisen. Vollständig verborgen geblieben sind die tatsächlichen Einstellungen also doch nicht. Das *Flash Eurobarometer* enthält keinen Wert zum Nutzenkalkül.

Wie schnell die Messung eines Wertes zu einem bestimmten Zeitpunkt ohne Kontrolle anhand anderer Werte zu problematischen allgemeinen Aussagen führen kann, demonstriert auch Weßels, der aus verschiedenen Einstellungswerten des *Flash Eurobarometers* drei Indizes bildet, darunter einen zur Identifikation mit der EU, in den der o. g. fragwürdige Wert zur allgemeinen Zustimmung zu einem Drittel eingeht. In einem Vergleich des deutschen Indexwertes mit den Durchschnitts (!) der sonstigen alten und neuen Mitgliedstaaten kommt dann das wenig überraschende Ergebnis heraus, dass „die Identifikation mit der EU bzw. Europa in Deutschland (...) am höchsten (ist)“ (Weßels 2005: 96). Der Verdacht erhärtet sich, dass im Bereich der Wissenschaft die Legende, die Deutschen seien Muster-Europäer, auf statistischen Artefakten beruht.

Vertrauen in europäische Institutionen

Auch hier kommen Wüst und Roth auf der Basis eigener Erhebungen zu positiven Bewertungen, obwohl auf ihrer Zehner-Skala beide Institutionen entweder genau in der Mitte (Kommission) bzw. nur leicht besser (Parlament) liegen. Als dritte gemessene Institution liegt der Europäische Gerichtshof deutlich besser, leicht

unter dem Spitzenergebnis des Bundesverfassungsgerichts. Ihre Bewertung in Kenntnis der zeitgleichen Werte des *Flash Eurobarometers*, die für Deutschland 45% auswies, in den alten Mitgliedstaaten nur von Österreich, Schweden und Großbritannien unterboten: „Letztlich bleibt jedoch bemerkenswert, dass die Deutschen nicht nur die Mitgliedschaft Deutschlands in der EU gutheißen, sondern auch den EU-Institutionen grundsätzlich Vertrauen entgegenbringen. Diese Ergebnisse sind bedeutsame Hinweise für die grundsätzliche Legitimität des politischen Systems der EU“ (Wüst/Roth 2005: 61).

Demgegenüber war das Vertrauen der Deutschen ins Europäische Parlament und die Kommission im Vergleich aller EU-Mitgliedstaaten nie brilliant. Nur die Österreicher weisen in Bezug auf das Parlament die gleichen schlechten Werte auf wie die Deutschen, die Briten – natürlich – noch schlechtere. Schweden, Finnland und Dänen sehen das Parlament besser als die Deutschen. Bei der Kommission haben nur die Briten eine noch schlechtere Meinung als die Deutschen, das allerdings mit deutlichem Abstand. Auch hier gibt es – mindestens in Bezug auf den Herbst 2003 – die gleiche zeitliche Parallelität, die schon bei anderen Werten auffiel: innerhalb eines Jahres büßte das Parlament acht Prozentpunkte an Vertrauen ein, sank von 58 auf 50% ab und lag nur noch sieben Prozentpunkte über dem schlechten Wert vom Frühjahr 1999. Die Kommission büßte im gleichen Zeitraum sieben Prozentpunkte ein, lag allerdings 16% über dem Wert vom Frühjahr 1999.

Dramatische Abstürze gab es im nationalen Rahmen auch bei den Niederländern und Franzosen, wenn sie auch stets höhere Prozentwerte als die Deutschen aufzuweisen hatten. Allerdings fand diese Verschlechterung der Werte auf einem erheblich höheren Niveau statt als 1999: Im Frühjahr 1999 betrug die deutsche Rate des Vertrauens ins EP 43%, im Frühjahr 2004 51%, das Ausmaß des Vertrauens in die Kommission betrug im Frühjahr 1999 28%, im Frühjahr 2004 39%. Obwohl Auswirkungen der zeitgleich laufenden Kampagne von *Bild* und *Stern-TV* gegen die Europaabgeordneten an anderen Stellen – in Deutschland und Österreich im internationalen Vergleich deutlich höhere Raten der Unzufriedenheit mit dem EP unter den Nichtteilnehmern an der Wahl, s. o. – gemessen worden sind, lässt sich eine nachhaltige Verschlechterung des Vertrauens in das Parlament aus diesen Zahlen nicht herauslesen, da das Parlament im Frühjahr 2004 sogar einen Prozentpunkt besser bewertet wurde als im Herbst 2003. Man kann allerdings – im Einklang mit dem über Jahre im internationalen Vergleich niedrigen

Gesamtniveau des Vertrauens der Deutschen in das Europäische Parlament – die Hypothese formulieren, dass dieses Niveau bereits so niedrig ist, dass Vorgänge wie die erwähnte Medienkampagne eher bestätigende Wirkung haben als dass sie Vertrauen erschüttern. Im Frühjahr 2005 sind die Werte abgesunken, auf 46 bzw. 37%. Wer es also in zynischer Form haben will: die Deutschen trauen im EU-Vergleich dem Parlament nicht und der Kommission noch weniger – das aber auf höherem Niveau als 1999 (siehe Tabelle 4).

Der Indexwert für Vertrauen in alle EU-Institutionen sinkt bei den Deutschen zwischen dem Frühjahr und dem Herbst 2003 nur um einen Prozentpunkt ab, kein Vergleich zu den dramatischen Abstürzen bei Parlament und Kommission. Der Vertrauensindex für sämtliche EU-Institutionen weist für Deutschland im Untersuchungszeitraum permanent schlechte Werte auf – allerdings in der Nähe des EU-Durchschnitts – immer in unmittelbarer Nachbarschaft zu den europaskeptischen Schweden. Nur die britischen Extremwerte liegen noch unter den Werten dieser beiden Länder. Bemerkenswert ist, dass nicht nur die Niederländer beim Vertrauensindex besser liegen als die Deutschen, sondern auch die europaskeptischen Dänen und Schweden. Dass Frankreich im Frühjahr 2005 einen niedrigeren Indexwert ausweist als Deutschland, muss als Hinweis auf den Ausgang des damals bevorstehenden Referendums zur Verfassung gewertet werden. Einen niederländischen Wert mit gleicher Tendenz gibt es nicht.

Demokratiebedürfnis

Am Beginn des Untersuchungszeitraumes, im Juli 1994, stimmten *Eurobarometer*-Daten zufolge unmittelbar nach den Niederländern (83%) die Deutschen mit 81% der Forderung zu, dass der Kommissionspräsident und die Kommission vom Vertrauen des Europäischen Parlaments abhängig sein und im anderen Falle zurücktreten sollen. Die Fähigkeit des Parlaments, die Interessen der Bürger/innen zu schützen, wurde bei den Befragungen 1998 und 1999 von den Briten im Vergleich zu den Deutschen gleich oder sogar stärker eingeschätzt als von den Deutschen. (GB: 36-40%, D: 35-37%).

Während die Deutschen im Frühjahr 2000 mit einem Wert von 36% in ihrer Einschätzung praktisch zwei Jahre auf niedrigem Niveau stabil blieben, wies der britische Wert eine stark fallende Tendenz auf und erreichte im Frühjahr 2000 31%. Die französischen

Werte liegen im gleichen Zeitraum zwischen 34% und 38% und wiesen eine nur geringfügig größere Schwankung auf als die deutschen. Die Niederländer wiesen die gleiche Schwankungsbreite wie die Briten auf und Werte zwischen 45% und 37%, mit dem Tiefpunkt im Herbst 1999. Im Frühjahr 2004, also kurz vor den Wahlen zum Europäischen Parlament, lag der deutsche Wert bei 39%, hatte sich also geringfügig verbessert. Die Niederländer lagen mit 37% in der gleichen Größenordnung geringfügig darunter, die Franzosen verzeichneten dagegen einen Absturz auf 29%. Der britische Wert war allerdings bei nur 24% angekommen. Interessant ist, dass bis zum Frühjahr 2000 Franzosen und Niederländer stabil ein deutlich höheres Interesse an der Stärkung des Parlaments zum Ausdruck brachten als die Deutschen – mit den üblichen britischen Extremwerten nach unten.

Der höchste jemals im Untersuchungszeitraum gemessene deutsche Wert stammt mit 50% aus dem Dezember 1994, danach geht die Richtung mit Schwankungen nach unten. Der letzte gemessene Wert vom Frühjahr 2000 liegt bei 36%, der von Wüst und Roth im Jahre 2004 gemessene bei 42%. Die Bedeutung der herangezogenen Daten liegt nicht nur in der geringen Unterstützung für die Forderung nach mehr Rechten für das Europäische Parlament an sich – Wüst und Roth interpretieren auch hier ihren 42%-Wert als „positive Bewertung“ (Wüst/Roth 2005: 59) –, sondern in der noch geringeren Ausprägung dieser Forderung bei den Deutschen im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedstaaten.

Tabelle 4:
Vertrauen in EU-Parlament und Kommission

Land	Deutschland		Großbritannien		Niederlande	
	Vertrauen ins Europäische Parlament	Vertrauen in die EU-Kommission	Vertrauen ins Europäische Parlament	Vertrauen in die EU-Kommission	Vertrauen ins Europäische Parlament	Vertrauen in die EU-Kommission
Dez. 1994	32%	keine Erhebung	34%	keine Erhebung	56%	keine Erhebung
Frühjahr 1995	26%	25%	37%	35%	55%	53%
Herbst 1995	31%	25%	38%	35%	62%	64%
Frühjahr 1996	24%	21%	29%	28%	55%	58%
Frühjahr 1997	26%	25%	26%	23%	53%	56%
Frühjahr 1999	43%	28%	32%	25%	51%	46%
Herbst 1999	48%	33%	28%	24%	53%	48%
Frühjahr 2000	46%	34%	27%	24%	54%	53%
Herbst 2000	47%	36%	28%	24%	54%	52%
Frühjahr 2001	47%	37%	28%	25%	58%	55%
Herbst 2001	55%	42%	37%	35%	62%	59%
Frühjahr 2002	55%	42%	32%	28%	60%	57%
Herbst 2002	58%	47%	34%	31%	65%	60%
Frühjahr 2003	56%	44%	34%	29%	63%	57%
Herbst 2003	50%	40%	31%	26%	59%	52%
Frühjahr 2004	51%	39%	30%	26%	57%	54%
Herbst 2004	55%	44%	39%	39%	63%	57%
Frühjahr 2005	46%	37%	35%	31%	51%	49%

Tabelle 5: Demokratiebedürfnis („mehr Macht“ bzw. „eine wichtigere Rolle“ für das EP)

	Deutschland	Frankreich	Niederlande	Großbritannien
Frühjahr 1994	32%	53%	43%	27%
Dezember 1994	50%	50%	58%	33%
Frühjahr 1995	43%	54%	56%	40%
Herbst 1995	41%	49%	57%	39%
Frühjahr 1997	37%	53%	50%	26%
Herbst 1997	30%	43%	49%	21%
Frühjahr 1998	37%	47%	58%	31%
Herbst 1998	39%	47%	51%	28%
Frühjahr 1999	35%	40%	54%	28%
Herbst 1999	39%	39%	50%	24%
Frühjahr 2000	36%	43%	47%	24%

Im Gegensatz zu den konkreteren Fragen bejahen die Deutschen wie praktisch alle anderen Europäer die Aussage in der neuen Frage, dass das EP die wichtigste EU-Institution sein soll. Allerdings suchen nur 1-2% der Bevölkerung EU-weit und in Deutschland Kontakt zu Europaabgeordneten, wenn Informationen über die EU beschafft werden sollen. Demgegenüber sind 31% der Deutschen laut *Eurobarometer* vom Frühjahr 2004, also kurz vor den Wahlen zum Europäischen Parlament, ausdrücklich gar nicht an Kontakten zu Europaabgeordneten interessiert. Ebenso zeigt das *Eurobarometer* vom Herbst 2004, also wenige Monate nach den Wahlen zum Europäischen Parlament, dass nur 58% der deutschen Bürgerinnen wissen, dass dieses Parlament von ihnen direkt gewählt wird!

Es lohnt sich, an dieser Stelle auf die früher zitierte Aussage von Krouwel zurückzukommen, wonach die geringere Zufriedenheit mit der europäischen Demokratie auf der angeblichen oder tatsächlichen Schwäche des Europäischen Parlaments bzw. der Schwäche des institutionellen Gefüges der EU beruht. In seinem Sinne hat vor Jahren schon Suzanne S. Schüttemeyer geurteilt: „Diffuse Unterstützung ist kaum für ein Par-

lament zu erwarten, das – wie immer sein tatsächlicher politischer Einfluss zu bemessen ist – in den Augen der Bürger/innen ohne politischen Effekt, also schließlich überflüssig ist“ (Schüttemeyer 1986: 257; Hervorhebungen durch den Verfasser). Was immer die Einstellungen der Deutschen zur EU und zum Europäischen Parlament beeinflussen mag: ein hoher Informationsstand und ein großes, aber unerfülltes Bedürfnis an einer Beseitigung des „Demokratiedefizits“ im Sinne einer Stärkung des Europäischen Parlaments sind es nicht.

Der Brennpunkt: die Verfassung

Bei den folgenden Tabellen ist zu beachten, dass für beide Länder noch eine mehrheitliche Zustimmung zur Verfassung ausgewiesen ist, so dass die entscheidenden Verschiebungen der Mehrheiten erst später eingesetzt haben. Diese Tabellen bieten im Gegensatz zu den auf die beiden Referendumsländer beschränkten Nachuntersuchungen Vergleichsmöglichkeiten zu anderen Mitgliedstaaten.

Tabelle 6: pro/contra Verfassung; Frühjahr 2005

	pro	contra
Deutschland	58%	21%
Frankreich	47%	44%
Niederlande	50%	43%
Großbritannien	31%	40%
Dänemark	47%	37%
Schweden	39%	30%

Tabelle 7: Gründe für die Verfassung

Gründe dafür	D	F	NL	GB	DK	S
wesentlich für den europäischen Aufbau	41%	45%	26%	11%	34%	20%
wesentlich für die Integration der neuen Mitgliedsländer	26%	13%	11%	14%	22%	7%
wesentlich für die Funktionsfähigkeit der EU-Institutionen	36%	30%	23%	21%	21%	14%
erster Schritt zu einem sozialen Europa	22%	13%	16%	10%	17%	4%
stärkt das Gefühl europäischer Identität	30%	22%	20%	21%	27%	13%
schafft wahre europäische Bürgerschaft	15%	18%	5%	11%	8%	5%
erster Schritt zu einer politischen Union	29%	15%	20%	14%	20%	9%
stärkt die EU gegenüber den USA	27%	33%	15%	11%	30%	12%
ich war immer für den Aufbau Europas	15%	19%	11%	12%	20%	15%
stärkt die Demokratie in Europa	22%	18%	27%	23%	18%	17%

Anmerkung zu Tabellen 7 & 8:

Antwortmöglichkeiten, die zu geringe relative Häufigkeiten aufweisen, sind aus Gründen der Übersichtlichkeit weggelassen.

Bei den Gründen für die Verfassung fällt auf, dass diejenigen Niederländer, die für sie stimmen wollten, diese als deutlich weniger relevant für den europäischen Aufbau ansehen als selbst die Dänen. Diejenigen Franzosen, die für die Verfassung waren, hatten in dieser Hinsicht eine entschieden positivere Haltung, ähnlich wie die Deutschen, die die Verfassung unterstützen. Der europäische Aufbau hat bei den verfassungsfreundlichen Franzosen aber weniger etwas mit dem Funktionieren der EU-Institutionen zu tun, als das bei den positiv gesonnenen Deutschen der Fall ist. Bei den verfassungsfreundlichen Niederländern spielt die Funktionsfähigkeit der Institutionen eine noch geringere Rolle. Auch die Schritte zur politischen Union und zur Stärkung der Demokratie in Europa spielen selbst bei den positiv gesonnenen Franzosen eine deutlich geringere Rolle als bei den Niederländern und den Deutschen. Während vermutlich im deutschen Einstellungs-„Cluster“ das Element „europäischer Aufbau“ eher mit institutionellen und demokratiebezogenen Elementen verbunden sein dürfte, gibt es angesichts der relativen Schwäche der institutionellen und demokratiebezogenen Elemente bei den Franzosen ein anderes Verständnis vom „europäischen Aufbau“: Das französische „Ja“-Camp begrüßt zu 33% die Verfassung als Stärkung gegenüber den USA. Der deutsche Wert ist im Vergleich mit 27% der zweithöchste.

Nur 13% der positiv gestimmten Franzosen maßen der Verfassung Bedeutung für ein „soziales Europa“ bei, weniger als die Niederländer und die Dänen. Bei der Ausprägung dieser Frage schlägt sich Sieg der

Gegner nieder, die an diesem Punkt offenbar selbst die Befürworter überzeugt haben, dass die Verfassung kein Beitrag für ein „soziales Europa“ sei. Bei den Deutschen gibt es bei dieser Frage die klarste Spaltung aller Völker: einerseits ist im „Ja“-Camp die höchste Prozentzahl derjenigen zu finden, die in der Verfassung einen ersten Schritt zu einem „sozialen Europa“ sieht, andererseits erzielt das deutsche „Nein“-Camp nach den Franzosen die höchsten Werte an Kritik am angeblichen sozialen Defizit der Verfassung.

Da die Deutschen Identität lieben, maßen sie auch relativ am stärksten der Verfassung eine identitätsstiftende Bedeutung zu, überraschenderweise die Dänen nahezu gleich stark. Bei der eng benachbarten Kategorie der „Bürgerschaft“ machen die Dänen aber nicht mehr mit und vor allem die Niederländer und Schweden unterbieten selbst den britischen Wert.

Tabelle 8:
Gründe gegen die Verfassung

Gründe dagegen	D	F	NL	GB	DK	S
Verfassung geht zu weit/ zu schnell	24%	11%	21%	8%	24%	6%
Verlust nationaler Souveränität	45%	18%	28%	42%	42%	45%
Verfassung ist wirtschaftlich zu liberal	8%	21%	6%	3%	7%	3%
nicht genug soziales Europa	19%	27%	8%	2%	12%	4%
zu technokratisch, zu viel Regulierung	12%	14%	20%	14%	13%	15%
zu wenig Informationen	34%	25%	26%	26%	37%	22%
zu komplex	15%	25%	16%	15%	15%	13%
ich bin gegen den Türkei-Beitritt bzw. weitere Beitritte	29%	20%	14%	4%	22%	4%
nicht demokratisch genug	9%	9%	14%	13%	17%	24%
gegen die nationale Regierung	6%	4%	5%	9%	2%	9%
ich bin gegen europäische Integration	9%	9%	8%	25%	19%	12%
ich sehe nicht, was positiv sein sollte	24%	23%	15%	13%	20%	19%
kein Bezug auf Christentum	11%	3%	6%	4%	2%	1%

Bei den Gründen dagegen zeigen sich folgende Auffälligkeiten:

- Am herausragendsten ist der 45%-Wert bei den Deutschen und den Schweden, die einen Verlust an nationaler Souveränität befürchten, noch stärker als die britischen Verfassungsgegner. In Frankreich beträgt der Anteil nur 18%, in den Niederlanden 28%. Eine deutlichere Widerlegung traditioneller Vorurteile über die Franzosen gibt es kaum. Auch die Verknüpfung der Verfassung mit der Frage eines möglichen zukünftigen Türkeibeitritts bzw. weiterer EU-Erweiterungen hat sowohl in Frankreich wie in den Niederlanden einen geringeren Stellenwert als in Deutschland.
- Der Kritikpunkt des Wirtschaftsliberalismus und zu geringen sozialen Gehalts ist gemäß dem Schwerpunkt der politischen Auseinandersetzung am stärksten bei den Franzosen ausgeprägt. Mit deutlichem Abstand, aber relativ am stärksten, folgen ihnen die Deutschen in Bezug auf die Kritik an einem angeblich mangelnden sozialen Gehalt.
- Die beiden Länder, in denen Referenden stattfanden, weisen die höchsten Werte in den Kategorien „zu technokratisch, zu viel Regulierung“ bzw. „zu komplex“ auf. Dieses kann man als Folge der in diesen Ländern vermutlich größeren Beschäftigung mit dem Text der Verfassung interpretieren. Wenn man sich dazu vor Augen hält, dass bei der Befragung nach den Volksentscheiden im deutlichen Gegensatz zu Frankreich, wo der Grund „zu wenig

Informationen“ in einer *Flash-Eurobarometer*-Befragung von 25% auf 5% zurückging, dieser in den Niederlanden von 26% noch auf 32% anstieg und zum ausschlaggebenden Grund für das „Nein“ wurde, führen die relativen Häufigkeiten beider Fragen geradewegs zu der hier nicht weiter zu diskutierenden normativen Frage, inwieweit Volksabstimmungen demokratisch sind, wenn signifikante Ablehnungsgründe aus kognitiver Überforderung begründet werden.

- Ein „Demokratiedefizit“ sehen am ausgeprägtesten die Schweden mit 24%, danach die Dänen mit 17% und die Niederländer mit 14%. Die Briten sehen ein solches Defizit nur zu 13%. Angesichts der Länderliste dürfte die Schlussfolgerung nahe liegen, dass es hier ein „Cluster“ von Einstellungen gibt, bei dem die Furcht vor dem Verlust nationaler Souveränität eine entscheidende Rolle spielt. Überraschend ist, dass für die wesentlich christlicher geprägten Niederländer die fehlende ausdrückliche Erwähnung des Christentums in der Verfassung einen fast um die Hälfte geringeren negativen Stellenwert hat als für die Deutschen. In signifikantem Ausmaß sprechen sich ausdrücklich die Briten gegen europäische Integration auch in der Verfassungsfrage aus.

Vor allem aufgrund der zwischen Frankreich und Deutschland ähnlich ausgeprägten relativen Häufigkeiten für die Themen „Verlust nationaler Souveränität“, „mangelnder sozialer Gehalt“ sowie aufgrund von Primärerfahrung ebenfalls stark vorhandenen Themen „negative Auswirkungen auf die Beschäftigungslage im eigenen Land“ und „zu teuer“ ist es fraglich, ob ein zeitnahes deutsches Referendum nach dem französischen und niederländischen positiv ausgefallen wäre. Allen denen, die behaupten, es gäbe keine europäische Öffentlichkeit, müsste zu denken geben, dass allein die Vorberichterstattung über einen möglichen negativen Ausgang in Frankreich und den Niederlanden die Zustimmungsraten zur Verfassung in Deutschland innerhalb von drei Wochen um sieben Prozentpunkte auf 52% gedrückt hat – bei einer Verdoppelung der „Nein“-Sager.

In den Niederlanden gibt es Leute, die ernsthaft behaupten, erst der Ausgang in Frankreich habe die Dämme brechen lassen. Diese Behauptung wird dadurch gestützt, dass in kurzen Zeiträumen deutliche Verschlechterungen bestimmter französischer Schlüsselwerte schon länger sichtbar waren, während es bei den niederländischen zwar ein Absinken, aber keine dramatischen Veränderungen gab – und durch das Anwachsen der Kategorie „zu wenig Information“ als Motiv, für „nein“ zu stimmen. Angesichts des Wertes in Tabelle 6 von 58% Zustimmung der Deutschen zur Verfassung muss darauf verwiesen werden, dass sie *Eurobarometer* zufolge fünf Jahre zuvor, im Frühjahr 2000, leicht unter dem EU-Durchschnitt, noch zu 68% für eine Verfassung waren. Dieses zeigt ebenso wie der Absturz infolge des Ausgangs der Abstimmungen in Frankreich und den Niederlanden die geringe Belastbarkeit von Einstellungen zugunsten der europäischen Integration.

Zusammenfassung: politische Entfremdung oder Mangel an diffuser Unterstützung

Allgemein sind bisher die Einstellungen der Deutschen zur EU als wenig akzentuiert und die zugrunde liegenden Einstellungen als legitimierende „Duldung“ im Weberschen Sinne wahrgenommen worden, ebenso wie das Ausbleiben einer antieuropäischen Protestbewegung (Greven 1998: 252). Lediglich im Zusammenhang mit der aus Meinungsumfragen ersichtlichen massiven Ablehnung der Einführung der gemeinsamen Währung sind vereinzelt Fragen gestellt worden, ob

sich diese Situation ändern könnte. Die im *Eurobarometer* auffindbaren Daten über die Einstellungen der Deutschen zur EU geben Anlass zu einer Überprüfung der bisherigen Wahrnehmung.

Wenn man die Vertrauenswerte für die EU-Institutionen, insbesondere für Parlament und Kommission sowie die Unterstützung für Deutschlands Mitgliedschaft in der EU, des Prinzips gemeinschaftlicher Entscheidungen und die Unterstützung der Idee einer politischen Union als Indikator für die Akzeptanz der EU als politische Form nimmt, so haben selbst unter günstigen Bedingungen lediglich maximal 64% der Deutschen ein positives Verhältnis zur EU. Aber selbst unter diesen 64% gibt es einen Veto-Vorbehalt für „wesentliche nationale Interessen“. Dabei kann der genannte Maximalwert durch als negativ empfundene Entscheidungen mit der Bedeutung von Weichenstellungen wie Einführung des Euro oder die EU-Erweiterung schnell dramatisch sinken.

Deshalb muss man sich ernsthaft die Frage stellen, ob die deutsche Bevölkerung angesichts ihrer engen Nachbarschaft zu den Einstellungen der europaskeptischen Bevölkerungen vor allem Schwedens, aber auch Österreichs (die üblichen britischen Extremwerte nach unten können hier außen vor bleiben) und mit schlechteren Werten als die Dänen nicht dem europaskeptischen Lager in der EU zugerechnet werden muss.

Angesichts der Tatsache, dass sogar noch wesentlich weniger an einer Stärkung des Europäischen Parlaments interessiert sind und einen – vornehm ausgedrückt – verbesserungsfähigen Informationsstand über das Europäische Parlament aufweisen, lässt sich diese skeptische Haltung nicht im Sinne Krouwels als Reaktion demokratischen Bewusstseins auf das Demokratiedefizit der EU erklären. Auch liegt die Vermutung nahe, dass auf absehbare Zeit keine herausragende Wahlbeteiligung bei Wahlen zum Europäischen Parlament erzielt werden kann.

Die Daten aus dem *Eurobarometer* ergeben genügend Hinweise, dass die Einstellungen eines großen Teiles der Deutschen nicht Resultat einer enttäuschten demokratischen Liebe sind, sondern stärker auf grundsätzlichen Vorbehalten beruhen, die bislang nur nicht erforscht worden sind, weil mancher geglaubt haben mag, die vergleichsweise geringe nationale Identifikation der Deutschen mache sie im Umkehrschluss zu Vorreitern des „Europagedankens“.

Ich zögere aber, die Deutschen ins sogenannte „euroskeptische“ Lager einzuordnen angesichts ihrer Bejahung des Prinzips europäischer Entscheidungen, eines relativ hohen Grades von Bedauern über ein mögliches Scheitern der EU und der Unterstützung einer politischen Union mit den in Großbritannien vorherrschenden Einstellungen gleichzusetzen, zumal der Begriff „euroskeptisch“ lediglich von politisch gesteuerter verharmlosender Semantik geprägt ist und real nichts anderes als integrationsfeindlich meint.

Wohl aber weisen die Daten entweder auf eine politische Entfremdung eines großen Teiles der Deutschen oder einen enormen Mangel an diffuser Unterstützung gegenüber der EU und ihren Institutionen hin, die von den politischen, ökonomischen und kulturellen Eliten in Deutschland bisher nicht hinreichend zur Kenntnis genommen worden sind. Auf den Punkt gebracht: die Entscheidungsträger der EU sind zwar entgegen einem gängigen Vorurteil demokratisch legitimiert, aber die Legitimität der EU ist in den letzten Jahren erodiert.

Die Kategorie der politischen „Entfremdung“ ist umstritten, weil sie Abgrenzungsprobleme aufwirft und häufig statt indexierbarer Fragen auf der Individualebene (Gefühl von Machtlosigkeit, Isolierung usw.) als heuristische Sammelkategorie für beliebige Unzufriedenheiten mit beliebigen Aspekten des gesellschaftlichen Lebens benutzt wird. Die Kategorie der „diffusen Unterstützung“ setzt dagegen nicht auf der Individualebene an, sondern an einem Erfordernis politischer Systeme: „Um effizient entscheiden zu können, brauchen politische Systeme eine Art ‚Vorschuss‘ an positiver Grundeinstellung der Bürger/innen, die sie von der Notwendigkeit entlastet, für jede Maßnahme vorweg Einverständnis einzuholen“ (Schüttemeyer 1986: 23). In der Tat lässt sich empirisch beobachten, dass im Gegensatz zum nationalen politischen System seit Jahren in wachsendem Maße die Sinnhaftigkeit konkreter policy-Entscheidungen mit der Infragestellung der Legitimität von EU-Entscheidungen bzw. ihrer Institutionen verbunden wird – nicht nur in öffentlichen Äußerungen deutscher Ministerpräsidenten, sondern auch in Briefen von Bürgerinnen und Bürgern an Abgeordnete.

Da die *Eurobarometer*-Daten unter anderen Gesichtspunkten erhoben worden sind, lassen sie eine Entscheidung nicht zu, ob sie theoretisch besser im Rahmen des Entfremdungs- oder des Unterstützungskonzeptes interpretierbar sind. Ein politisch relevantes Faktum, nämlich das Fehlen dieses „Vorschusses“ im Sinne von Easton (1965), bezeichnen sie in jedem Falle. Karp und andere (Karp 2003: 280) sehen den Unter-

schied zwischen stabilen (nationalen) Demokratien und der EU darin, dass diese wie andere transnationale Institutionen keine „diffuse Unterstützung“ genießt. Das verweist darauf, dass die spezifischen Merkmale der EU, die sie von anderen transnationalen Institutionen unterscheiden, nämlich geteilte Souveränität und Herstellung verbindlicher Entscheidungen wie Gesetzesakte durch Gemeinschaftsinstitutionen selbst bei einer wie in Deutschland mehr als 50%igen Zustimmung zum Prinzip gemeinsamer Entscheidungen in konkreten Politikfeldern entweder zur Beschaffung dieser diffusen Unterstützung grundsätzlich nicht ausreichen oder nicht genügend im Bewusstsein der Bürger/innen verankert sind.

Das bedeutet eine Wiederaufnahme der Frage nach dem Demos, aber jenseits identitätstheoretischer oder nationalstaatlich bornierter Vorentscheidungen und in Verbindung mit einer genaueren Analyse der bereits beschriebenen Asymmetrie, in der alle positiven Leistungen des europäischen politischen Systems als selbstverständlich gelten oder dem nationalen gutgeschrieben werden. Die passive Legitimation per „Duldung“ kann sich angesichts der fehlenden diffusen Unterstützung unter Umständen sehr schnell in das Potential einer antieuropäischen Protestbewegung verkehren, etwa bei Mobilisierung des „Benachteiligungssyndroms“ der Deutschen. T

Bibliographie

- Easton, David (1965) *A Systems Analysis of Political Life*, New York.
- European Commission (Hrsg.), (1994–2005) *Eurobarometer Nr. 41-63, spring 1994 - spring 2005, Public Opinion in the European Union*, Luxemburg (in gesammelter Form).
- Greven, Michael Th. (1998) *Mitgliedschaft, Grenzen und politischer Raum: Problemdimensionen der Demokratisierung der Europäischen Union*, in: Kohler-Koch, Beate (Hrsg.) *Regieren in entgrenzten Räumen, Sonderheft 29 der Politischen Vierteljahresschrift (PVS)*, Opladen/Wiesbaden.
- Güllner, Manfred (Geschäftsführer von FORSA) (2001) *Zusendung an den Verfasser vom 30.7.2001*.
- Karp, J. A., Banducci, S. A. und Bowler, S. (2003) *To Know it is to Love it? Satisfaction with Democracy in the European Union*, in: *Comparative Political Studies*, Vol. 36 Nr. 3, S. 271-292.
- Krouwel, André (2004) *All Politics is National, but Policy is Supra-National: A Decisive Discrepancy*. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Ridder, Christa-Maria/Engel, Bernhard (2001) *Massenkommunikation 2000: Images und Funktion der Massenmedien im Vergleich – Ergebnisse der achten Welle der ARD/ZDF-Langzeitstudie zur Mediennutzung und –bewertung*, in: *Arbeitsgemeinschaft der ARD-Werbegeellschaften (Hrsg.) MediaPerspektiven 3/2001*, Frankfurt/Main.
- Schüttemeyer, Suzanne S. (1986) *Bundestag und Bürger/innen im Spiegel der Demoskopie – eine Sekundäranalyse zur Parlamentarismus-Perzeption in der Bundesrepublik*, Opladen.
- Weßels, Bernhard (2005) *Europawahlen, Wählermobilisierung und europäische Integration*, in: Tenscher, Jens (Hrsg.) *Wahl-Kampf um Europa – Analysen aus Anlass der Wahlen zum Europäischen Parlament 2004*, Wiesbaden.
- Wolling, Jens (1999) *Politikverdrossenheit durch Massenmedien? Der Einfluss der Medien auf die Einstellung der Bürger/innen zur Politik*, Opladen/Wiesbaden.
- Wüst, Andreas M. / Roth, Dieter (2005) *Parteien, Programme und Wahlverhalten*, in: Tenscher, Jens (Hrsg.) *Wahl-Kampf um Europa – Analysen aus Anlass der Wahlen zum Europäischen Parlament 2004*, Wiesbaden.